

Bezugs-Preise:
Inland: vierter Schell durch die
Sof. 3. Am. durch Kreuzbank
3,75 Km. Ausg. 8 monatl. 15m
Deutschmark monatlich:
2 Schilling.
Ausland: Viertelj. 1 Dollar.

Anzeigen-Preise:
Für die 10seitige Rückseite
Zelle 15 Goldmark. A. gen. Seite
100 Goldmark. Bei Tageszeit-
schrift entsprechend. Nachdruck
Rabatt nach Tarif.

Der „Reichswart“ er-
scheint jeden Freitag

Befestigungen nehmen alle Post-
ämter, Buchhandlungen sowie
der Verlag „Der Reichswart“
G. m. b. H., Berlin SW 11
Brandenburger Str. 30, entgegen

Abonnement: 10 Pfennig 1082
Postfach 8874

Verkäufer: 10 Pfennig 1082
Postfach 8874

unverlangt. Manuskript
ist Rückporto beizufügen

Reichswart

Graf E. Reventlow

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 10

Berlin, den 9. Lenzings (März) 1928

9. Jahrgang

Inhalt: Der Wirtschaftsminister gegen nationale Wirtschaft — Mussolini über Südtirol — Foeder Iudaeus (Judenruch). — Vor den Wahlen (Fortsetzung). — Bauernpartei. — Dem Reichsjustizminister ins Stammbuch. — Aus der Bewegung. — Büchereingang.

Der Wirtschaftsminister gegen nationale Wirtschaft

Vor einer Reihe von Wochen wurde im Reichstag der Etat des Außenministeriums verhandelt, wie immer schnell und oberflächlich, dieses Mal besonders, weil der Außenminister Wert darauf legte, schnell eine Erholungsreise anzutreten. Vorher schon, als erste der Etatberatungen, war der Etat des Finanzministers erledigt worden und in der ersten Hälfte der vergangenen Woche kam das Wirtschaftsministerium an die Reihe. Gerade diese drei Beratungen gehörten aber durchaus zusammen, sie müssten ein Ganzes bilden. Als erstes müsste dann jedes Jahr die Außenpolitik behandelt werden, im Anschluß die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaft, dann die Finanzen. Durch die Außenpolitik wurden und werden die deutsche Wirtschaft und das deutsche Geldwesen maßgebend bestimmt und zwar nicht durch Zufall, sondern das war von vornherein Absicht und Ziel der Stresemannschen Außenpolitik, übrigens auch seiner Vorgänger, wenn schon weniger systematisch. Der so gerichtete Außenpolitik liegt die bewußt internationalistische Einstellung zu Grunde, und diese steht unter der maßgebenden Führung des internationalen Kapitals, während dieser wiederum jüdisch geleitet und bestimmt wird. Nur wer diese Zusammenhänge sich fortwährend angesichts jeder außenpolitischen, jeder wirtschaftlichen, und jeder geldlichen Frage vor Augen hält, vermag diese unter einem richtigen Gesichtspunkt ins Auge zu fassen und zu teilen. Selbstverständlich ist das Grund genug dafür, daß im deutschen Reichstage diese Zusammenhänge mit größter Sorgfalt verwischt, außer Acht gelassen oder ausdrücklich in Abrede gestellt werden. Die neulichen Verhandlungen über den Haushalt des Wirtschaftsministeriums haben hierfür wieder ein Bild gegeben, das eindrucksvoll sein müsste, wenn es nur ein paar Dutzend Tageszeitungen gäbe, die sie eben von jenem Gesamtblickpunkt schilderten. Das Gegenteil ist aber der Fall. Wie immer bringen die Blätter die Reden der Redner, die ihnen politisch nahestehen, ausführlich, die anderen in verächtlicher Kürze, zumal ohne die mindeste Sorgfalt, aus ihnen wenigstens das politisch Charakteristische herauszunehmen und hervorzuheben. Eine Übersicht über den Verlauf einer Debatte zu geben, fällt keinem nationalen Blatt ein, obgleich nur auf diese Weise die Leser einen einigermaßen richtigen Eindruck erhalten und sich ein politisches, sachliches Urteil bilden könnten. Gewiß ist dabei auch viel alte Schablone maßgebend, aber es bleibt doch politisch sehr auffallend, besonders in einer Zeit der Krise und Katastrophe, wie der jetzigen. Im folgenden wollen wir uns auf einige besonders hervorstechende Beispiele beschränken:

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius kam in seiner Einführungssrede zu den folgenden Hauptergebnissen: die Steigerung der Passivität unserer Handelsbilanz sei gewiß besorgniserregend, andererseits dürfe man sich aber auch vor Augen halten, daß ebenfalls in der Vorfriedszeit die Handelsbilanz eine passive gewesen sei. Der Wirtschaftsminister gehört derjenigen Partei an, wie Dr. Stresemann, ist kein unbedingter Geschlossener und scheint sich auch an den Stresemannschen Methoden zur Irreführung der deutschen Bevölkerung ein Muster genommen zu haben. Sein Vergleich mit der Vorfriedszeit zeigte, habe ich ihm in einer Rede gesagt, wie schlecht sein wirtschaftspolitisches Gewissen sein müsse. Vor dem Kriege war die Handelsbilanz des Deutschen Reichs allerdings passiv, aber schon an sich nicht mit dem heutigen Maße zu vergleichen. Nebenbei nahm die Passivität, also der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, mit jedem Jahre mehr ab und wäre in wenigen Jahren ganz verschwunden gewesen, während sie heute die Milliarden Mark beträgt und — die allerschlimmste Ziffer — für den Januar 1928 allein den Betrag von einer halben Milliarde Mark, also ein wahrhaft katastrophaler Ausblick auf die kommenden Monate. Wie stand es aber mit der Wirtschaft sonst im alten Reich kurz vor dem Kriege? Das Volksermögen war hoch und wuchs von Jahr zu Jahr in großem Ausmaß. Die Landwirtschaft blühte, das Gedröhnen der Industrie war beispiellos, im überseeischen Auslande waren ständig wachsende Investitionen deutscher Geldes investiert, kurz überall war ein gewaltiger Überschuh an Ausgleichswerten für die Passivität der Handelsbilanz vorhanden. Beinahe bemerkte: wir reden hiermit nicht dem damaligen Wirtschaftsminister in das Wort, sondern wollen lediglich die Unverhörltheit des Vergleiches des Reichswirtschaftsministers zeigen. — Für die damalige Wirtschaft war die wie gesagt abnehmende Passivität der Handelsbilanz tatsächlich ohne Belang. Die Passivität der Bilanz des heutigen Deutschlands ist, wir müssen das Wort wiederholen, Katastrophe, weil ihr gar keine positiven Werte, die ausgleichen könnten, gegenüberstehen im Gegenteil! Da ist erst die ungeheure Auslandsverschuldung in Gestalt von ständig wachsenden Anleihen,

da sind die Dawestribute, da ist die ruinierende Landwirtschaft, da ist die mächtig vorgeschrittene und immer noch wachsende Überfremdung der einstmal deutschen Industrie, da ist schließlich die Abhängigkeit der gesamten deutschen Industrie vom internationalen Kapital, während vor dem Kriege der größte Teil der Industrie auf dem Wege war, zur völligen Unabhängigkeit von den Banken. — Aber keine einzige der anderen Parteien hat Stellung gegen diesen Vergleich des Ministers genommen, obgleich er, ja schon die Tatsache, daß er gebraucht, gewagt wurde, ein ungemein lehrreicher Beweis ist, wie weit wir in Deutschland gediehen sind.

Zum Schluß erklärte der Wirtschaftsminister: er könne seine Politik machen, die eine nationale Wirtschaft zum Ziel habe, welche auf Einschränkung der Ausfuhr und möglichst Steigerung der Produktion im Inlande zwecks Unabhängigkeit vom Auslande ausgehe. Die Rückwirkungen einer solchen Politik auf das „Gesamtvolk“ wären „verhängnisvoll“. Die Schicksalsfrage für Deutschland und Europa sei „Aufrechterhaltung und Vertiefung des Anschlusses an die Weltwirtschaft“. — Dieses Bekenntnis zur Aufrechterhaltung der Verständigung Deutschlands unter das internationale Kapital ist politisch wertvoll genug. Leider hat der Minister nicht begründet, weshalb er die Folgen einer nationalen Wirtschaftspolitik für „verhängnisvoll“ hält. Er hätte dann freilich sagen müssen, daß für diese seine wirtschaftliche Stellungnahme politische Gründe und Ursachen maßgebend seien, und zwar dieselben, welche seinen Freund Stresemann zu seiner internationalistischen Außenpolitik gebracht haben. Schicksalsfrage soll für Deutschland nach Curtius die „Aufrechterhaltung der Vertiefung des

Anschlusses an die Weltwirtschaft“ sein. Nun, dieser „Anschluß“ ist schon seit recht geraumer Zeit vollzogen worden, und diese Jahre haben die „Schicksalsfrage“ wahrlich mit genügender Deutlichkeit gezeigt und dem ganzen deutschen Volk fühlbar gemacht. Der Blinde kann hier mit dem Stock fühlen, daß das Objekt Curtius niemals und unter keinen Umständen auch nur zur geringsten wirtschaftlichen Hebung zu führen vermag. Was erreicht werden kann, wohl auch soll, das ist der folgende Zustand: die ganze Wirtschaft, die ganze Arbeit und Leistung des deutschen Volkes und deren Ertrag, die Landwirtschaft, die Industrie und der Handel, das Gewerbe, befindet sich restlos in der Hand des internationalen Kapitals und wird gemäß dessen Geschäftsinteresse „verwalten“. Damit ist dann die volle „Vertiefung des Anschlusses an die Weltwirtschaft“ hergestellt und eine für alle Anhänger der Curtius'schen Wirtschaft und der Stresemannschen Politik ersehnte Stabilität der Verhältnisse in Deutschland erreicht, wie sie übrigens in der berühmten Denkschrift zu dem Dawes-Gutachten bereits in aller Klarheit vorgezeichnet worden war. Nach dem Ideal der Herren Dr. Curtius, Stresemann usw. wird dann die deutsche Bevölkerung sich folgendermaßen gliedern: die eine, weitaus größere, Hälfte hat in endloser Hoffnungslösigkeit den internationalen Mächten zu frohenden, immer so knapp gehalten, daß sie gerade noch arbeitsfähig ist, aber ohne alle Aussicht auf Besserung für sich und ihre Nachkommen. Die andere, die kleine Hälfte sind die direkten oder indirekten Vitteln der internationalen Mächte. Das ist keine Uebertriebung, sondern in einem schon erschreckend vorgebrachten Grade zur „praktischen“ Erfahrung geworden.

Mussolini über Südtirol

Der Zusatz in Nr. 9 des „Reichswarts“: „Deutschland—Italien—Südtirol“ schloß mit den Sätzen: „Die Vertreter eines deutsch-italienischen Zusammensehens in Deutschland würden einen ungleich größeren Erfolg haben, wenn sie in der Lage wären, auf eine großherzige Behandlung der südtiroler Deutschen hinzuweisen zu können. Ihre politische Galtung in Deutschland würde damit auf das erheblichste gefördert werden, ebenso wie ihre Stellung gegenüber dem italienischindischen Marxismus, der für uns ebenfalls der größte Feind Deutschlands ist und bleibt.“ —

Inzwischen hat Mussolini seine angeläufige Rede gehalten. Sie ist in der gesamten Presse im Auszuge wiedergegeben und kommentiert worden, wir müssen sie im wesentlichen als bekannt voraussehen und beschränken uns auf die Hauptfälle:

Nur weil der österreichische Bundespräsident Seipel persönlich gesprochen habe, halte er, Mussolini, für angebracht, zu antworten. Er messe der Angelegenheit keine allzu große Bedeutung bei, denn Italien sei ein großes, starkes Land mit 42 Millionen Einwohnern. Österreich sei das, was es eben sei. — Er antworte zum letzten Male, denn bei einer Wiederholung solch eines Vorfalls würden die Tatsachen sprechen. Mussolini erklärte weiter, die Deutschen Südtirols bildeten eine verschwindende Minderheit gegenüber der Gesamtheit der italienischen Bevölkerung. Er stelle in Abrede, daß diese Deutschen schlecht behandelt würden, verkündete dabei aber, daß alle deutschen Zeitungen in Südtirol verboten werden würden, und daß die Beamten von früher, sie zählen nach einigen Hunderten, sich entweder einverstanden erklären müßten, in das Innere Italiens veretzt oder abgelebt zu werden. Die Italianisierung mache die größten Fortschritte, in wenigen Jahren würden die „in der Provinz anfassigen Elemente deutscher Kultur“ nur noch durch die abweichende Bindung der Namen erkennbar sein, — wenn sie dies behalten sollten“. Der Führer des italienischen Volkes sprach im Schlussteil den Satz: „so weit es in unseren Kräften steht, wollen wir die Freunde der germanischen Welt sein, aber unsere Sicherheit, das heißt die Sicherheit von 42 Millionen Italienern niemals, und wäre es auch nur entfernt, in Frage stellen“. Danach folgte noch eine Benierung gegen die aggressiven Ziele des Panzermanismus.

Von unserem noch in der letzten Nummer dargelegten politischen Standpunkt müssen wir diese Rede und die hinter ihr stehende Auffassung Mussolinis für außerordentlich bedauerlich und schädlich halten. Dabei erscheint ihr Zughalt recht widersprüchsvoll, so wenn Herr Mussolini im ersten Teil seiner Rede ausführt, der Angelegenheit sei keine große Bedeutung beizumessen, weil Italien ein starkes

großes Land von 42 Millionen Menschen Einwohnern sei und Österreich ein kleines ohnmächtiges Gebilde. Die angeführte Schlußwendung der Rede: die Sicherheit von 42 Millionen Italienern dürfe auch nicht andeutungsweise gefährdet werden, steht zu dem ersten Satz im Widerspruch, ebenso wie zu der Wendung in einigen Jahren würde das Vorhandensein der Deutschen in Tirol höchstens, wenn überhaupt, durch die ständige Bildung ihrer Namen feststellbar sein. Dieser letzten Wendung widerspricht ebenfalls, daß Mussolini in seiner Rede durchaus in Abrede stellte, daß die Deutschen Südtirols schlecht behandelt würden. Ja, er widersprach sich schroff dadurch, daß er die Zukünfte früherer italienischer Regierungen, auch des Königs, einer weiterzigen Behandlung der südtiroler Deutschen, als unverbindliche rhetorische Wendungen bezeichnete. Eine amtliche Mitteilung vom 2. September 1919 an die österreichische Regierung seitens der alliierten und assoziierten Mächte enthielt den Satz: „wie aus den sehr klaren Darlegungen, die im römischen Parlament durch den italienischen Ministerpräsidenten erfolgten, hervorgeht, hat die italienische Regierung die Absicht, eine weiterzige und liberale Politik bezüglich der Sprache, der Einrichtungen und der wirtschaftlichen Interessen gegenüber ihren neuen Untertanen einzuhalten.“ Eine ähnliche Erklärung gab im Herbst 1919 Tittoni in der Kammer und jagte darin: „... sollen wissen, daß der Gedanke der Unterdrückung und der Entnationalisierung uns absolut fremd ist, daß ihre Sprache und ihre kulturellen Einrichtungen geachtet werden sollen. ... Wir können der Bevölkerung des Deutschen Südtirol versichern, daß kein Polizeiregime mit seinen Verfolgungen und seiner Willkür jemals eingesetzt werden soll, so geartet, wie es die Bevölkerung von Tirol und Trentino lange unter Österreich erdulden mußte“. Tittoni ist noch heute Präsident des Senats! Auch der König gab eine ähnliche Erklärung ab. Herr Mussolini befindet sich also sachlich nicht im Recht, wenn er von rhetorischen Redewendungen spricht. Bezeichnenderweise hat ihm gerade das Verleugnen seiner Erklärungen in der englischen Presse von den ältesten Rechten bis zur Linken höchst abfällige Kritiken eingetragen: Mussolini verleugne Tradition und Glauben und die internationalen Bräuche, wenn er derartige Erklärungen früherer Regierungen und vollends der alliierten und assoziierten Mächte als Papierfetzen behandle. Im übrigen nimmt die englische Presse, wohl zum ersten Male, Mussolini gegenüber eine spöttische Haltung ein. Er überhäuft doch die Macht Italiens erheblich, wenn er die Drohung eines tatsächlichen Vorgehens ausstößt. Die nationale und nationalistische Presse Frankreichs ist begeistert über die Rede: so sei es recht, Mussolini habe mit scharem Blick

erkannt, daß Österreich nur die Kulis für die pangermanistischen Pläne des Deutschen Reiches bilde. Die marxistische Presse aller Länder ist hoch erfreut über diese neue Gelegenheit, das faschistische Italien und seinen Führer anzupreisen. Die in Deutschland gedruckte marxistische Presse aller Schattierungen heuchelt Deutschtumspfeile und läßt innerliche Solidarität mit den Deutschen Südtirols.

Von uns aus gesehen, die wir ein enges deutsch-italienisches Verhältnis als b's zu einem gewissen Grade naturgemäß anzusehen geneigt sind, hat die neue Rede Mussolinis also eine bedauerliche Situation geschaffen. Wir sind genötigt, die Tatsachen als Tatsachen zu werten, zu hoffen, daß sie einmal durch andere Tatsachen ersetzt werden, aber nicht schen um sie herumzugehen. Umgekehrt bleiben wir weiter sachlich genug, daß wir die Kraft und Bedeutung dieses Mannes und die jetzt schon gewaltige Größe seines Werkes ohne Vorbehalt und, was das letzte anlangt, mit Bewunderung würdigen. Die außenpolitische Wirkung der Behandlung der Tiroler Deutschen und seiner Rede halten wir für sehr schädlich und die dahinterstehende Politik für einen Fehler, auch vom Standpunkt des italienischen Interesses gesehen. Auch für uns ist unmöglich, für unser politisches deutsch-italienisches Ideal einzutreten, solange das den deutschen Tirolern gegenüber angewandte Reime seine Geltung behält.

Gerade bei uns hat man sich sorgfältig daran zu hüten, die Dinge und die Personen nicht zu sehen, wie sie sind, sondern, wie wir sie uns wünschen; ganz besonders, wenn wir sie anders wünschen, ist eine gegen unsre Wünsche schonungslose Sachlichkeit notwendig. Wir können auch nicht an Leußerungen Mussolinis vorbeigehen, wie sie im vergangenen Dezember durch die in- und ausländische Presse gingen. Da erklärte Mussolini auf einen Empfang fremder Journalisten: „Antisemitismus bedeutet Zersetzung und Spaltung. Faschistischer Antisemitismus oder antisemitischer Faschismus ist daher eine triste Absurdität. Wir amüsieren uns in Italien lässlich, wenn wir hören, daß in Deutschland die Antisemiten ihr Glück mit dem Faschismus versuchen. Auch aus anderen Ländern wird uns mitgeteilt, daß dort ein Faschismus mit antisemitischem Anstrich Wurzel zu schlagen versucht. Wir protestieren mit aller Energie, daß dadurch der Faschismus kompromittiert werde. Der Antisemitismus ist ein Produkt der Barbarei, während der Faschismus auf der höchsten Zivilisationsstufe steht und dem Antisemitismus diametral entgegengesetzt ist.“

In einer der nächsten Nummern wollen wir uns mit diesem Thema besonders befassen. Vorläufig bleibe dahingestellt, inwieweit diese Wendungen so gemeint sind, wie sie gesprochen sind, und inwieweit sie rein taktischen Zwecken entsprechen. In jedem Falle sind sie bemerkenswert, es ist unmöglich an ihnen schweigend vorbeizugehen.

Denkblätter, Effigien und Schwammbosen des Gedankens nicht enthalten können, daß einmal ein boshafter Mensch auf die See verfallen werde, zu behaupten, die schönen Kinder bildeten sich ein, daß sie alle diese Vorrichtungen wirklich nötig hätten, weil ihr eigentümlicher Geruch nicht der angenehmste sei.

Gott die Sanitätspolizei die Juden nicht anhalten, daß sie sich unter gehöriger Rücksicht an einem abgelegenen Orte wöchentlich zweimal in fließendem Wasser bilden, damit sie sich zur Reinlichkeit gewöhnen, und der National-Juden-geist endlich aus der Welt geschafft wird?“ (Erläuterung 10, 1. 18; II, 28; IV, 32).

Grattenauer hat damals noch auf weitere Uebelstände der Rasse aufmerksam gemacht — vergebens, denn bestochene und unbefleckte Toren lieben, vom übernatürlichen Erscheinungsmaß der großen Juden-Revolution in Frankreich besangen, unter Hardenberg, Humboldt und Goethe schon 1812 die Vampire auf das deutsche Volk los. — In späterer Zeit wurde noch Schopenhauer angewidert von dem „Doctor judaeus“ in Europa, „der hier alles und alles durchzieht“. Spinoza redet über die Tiere, wie es ein Jude versteht, so daß dabei uns enden, die wir an reine und würdigere Lehren gewöhnt sind, der „Doctor judaeus“ übermann“.

Na und, 1883, sagte in seiner, von Th. Hirsch neu herausgegebenen verdienstlichen Schrift vom „Deutschen Staat“, die in Form und Inhalt zu den hervorragendsten Werken des deutschen Schriftstums gehört:

„... und so unterscheiden zwar das Kind und der unbesogene Mensch — ja wegen des Doctor judaeus selbst der Hund den Juden auf 100 Schritt; der „Gedanke“ aber leugnet, ja nach dem Verhältnisse, in welchem die Schwiegereltern natürlichen Verstand beschäftigt hat, diesen Unterschied mit mehr oder weniger blinder Zupackung auf seine Weisheithaft ab und macht es sich in der „wissenschaftlichen“ Formik, als Wennschen kind gleich; seines gefunden 5 Sinnen zum Trotz, bequem“.

Unter Prof. Jäger, der, weil er kein Blatt vor den Mund nahm und gewissen Dingen auf den Grund ging, von der Presse gern als großer Kritiker bezeichnet wird, hörte von einer älteren gebildeten Frau: Sie hätte der Niederlunk bei einer befreundeten jüdischen Dame bewohnt „und es vor Gestank nicht aushalten können“. Auch Arzte, die Juden den Bauch aufzufülligen genötigt sind, um den Blinddarm oder anderes herauszuholzen, wissen drastisch zu schildern, was ihnen da, so wesentlich von dem bei Nichtjuden Gewohnten unterschieden, entgegenbläst.

Unser trefflicher Dichter Boetties Frhr. v. Münnhausen, der jetzt verdienstvoll an „Deutschlands Erneuerung“ zu München tätig, aber vor dem Kriege wegen gelegentlicher Mitarbeit am „Tageblatt“ und wegen seiner Sammlung „Juda“ nicht gerade allgemein als Gegner empfunden — hat in den von einem Dr. Moses gesammelten „Stimmen zur Lösung der Judenfrage“, S. 28 ff. doch schon damals offen bekannt:

„Jeder Nichtjude hat einen starken Körperlichen und geistigen Widerwillen gegen den Juden. So wie der Herrn der schwarzen Rasse der weißen unerträglich ist, so ist dieser Widerwillen zwischen allen Mitgliedern der beiden Rassen aufgetreten. Es ist ein Widerwillen, den wir niemanden zum Vorwurf machen dürfen, denn er liegt tief an innerst in unserem Herzen, unsern Augen und allen Sinnen, jeder unterliegt ihm, es ist ein instinktiver, jede Logik ablehnender, wie ein aussichtsloser Ekel unverantwortbarer Widerwillen. Dieser Widerwillen besteht zu allen Zeiten: schon im zweiten Buche Moses steht: „Die Juden waren Ihnen ein Greuel.“ Dieser Widerwillen besteht bei den edelsten Menschen, denn auch der menschlichste aller Menschen, Goethe, hatte ihn; — also wird dieser Widerwillen ewig sein. Ein durchaus ehrlicher Mensch, der die Verhältnisse kennt, wird es nie leugnen können. Es hilft alles nichts, Täuschen und Schmähe auf den linken Seite, Milchchen mit Kräutern und das „L. d. R.“ auf der rechten Seite, Reitpassionen und Umgang mit etlichen Prinzen, Kirchenstiftung und Uniform des freiwilligen Automobilcorps — Jude bleibt Jude — für den Arzt, jeder für jeden!“ — Da spricht die gefunde Abneigung gegen den Volksvertreter mit, die nun zu seinen Gunsten zu lämmen, dieser sich sehr angelegen sein lassen muß. Wo ihm das gelingt, ist aber der natürliche Widerwillen schließlich von den einzigartig geschiedenen Teilen des Wirtschafts unabschließbar zu beobachten und so die vom Juden hervergelebte Geschlechtschwäche zu besiegen. Geschichts das nicht oder nur ungenügend, dann treibt unter den jüdischen Herrn und ihrer Töchter ganz von selbst die Völkerwerbung, wie in Russland, ein. —

(Schluß folgt)

Vor den Wahlen

(Fortsetzung.)

„Die Christlich-nationale Bauernpartei“ ist vor einigen Wochen gebildet worden. Man verachtete zunächst, Glauben zu machen, es handle sich um eine selbständige Bildung, — schon begann die Deutsch-nationalen Freiheitspartei auch mit dieser Gruppe zu verhandeln — aber sehr bald stellte sich heraus, daß es sich nur um ein Scheinmänner, eine „Diversion“ der Deutsch-nationalen und der Volkspartei handelt. Von den Deutsch-nationalen zweigten sich zunächst vier Abgeordnete ab, von der Volkspartei trat ihr zweiter Vorsitzender des Bundes der Landwirte und Mitglied der Volkspartei, Hepp, bei. Die Bildung dieser Gruppe soll den Bauern die Unabhängigkeit verschaffen, dieses sei nun die wirtschaftliche und echte Bauernpartei. (Siehe noch den folgenden Aufsatz.) Die Bildung dieser Gruppe wirkt um so reizvoller, als die herausgesetzten Führer dem Landbunde angehören, aufgerufen im Sommer 1924 den Dawes-Gesetzen zugestimmt haben, denselben Dawes-Gesetzen, welche den Rücken der Landwirtschaft verursacht haben und jeden Tag noch verursachen. Dieser Bauernpartei ist also, und das ist vielleicht eine Rührung, der zweite Vorsitzende des Landbundes und Angehöriger der Juden- und Stresemannpartei, der Deutschen Volkspartei beigegeben. Der erste Vorsitzende, Graf Kalckreuth gehört, wie hier neulich noch dargelegt wurde, dem Zentralrat der Dawes-Bank als Anteilseigner an. Bedauernswerte Bauern, welche ihre Reiter im Landbunde erschossen! Noch bedauernswert sind die Bauern, welche noch immer nicht erlernen, daß die Deutsch-nationalen Volkspartei und die Deutsche Volkspartei großkapitalistische Parteien sind, in denen Schwerindustrie, Vertreter der Interessen des Handelswesens und der großen Grundherrschaft die Richtung geben. Über der Bauernpartei und seine Stellung im Staat wie im sozialen Leben Deutschlands wird noch besonders gesprochen.

Was für ein Niveau ist es, wenn seiner deutsch-nationalen gewordene Redner, der Landtagsabgeordnete Stoe, in einem Provinzialblatt schreibt: die preußischen Bauern wollten sich doch wohl nicht hinter eine Partei stellen (die nationalsozialistische), die von vierzehn fünfzig Abgeordneten nur einen einzigen Vertreter hat, der Handlungsfähige ist, dessen Tätigkeit im Preußischen Landtag nur darin besteht, daß er mal wegen ungebührlichen Benehmens aus dem Saale gewiesen wird! Herr Stoe hat sich gut bei den Deutsch-nationalen eingesetzt, das sei ihm gern zugeschrieben. Er weiß dabei eben so genau wie wir, daß die Zusammensetzung der preußischen Landtagsfraktion nur deshalb im Jahre 1924 so geworden ist, weil die Kandidaturen ungünstig augenscheinlich der beiden Parteien, verteilt worden waren. Ebenso gut wissen die deutsch-nationalen Redner, daß die kom-

Foetor judaeus (Judengeruch)

Grundgesetz sei: volle Gleichheit aller Gotteskreaturen, ohne Unterschied des Glaubens und des Felts und des Getuchs, keine.

Die Judenfrage hat viele Lichte, unfraglich aber auch ihre Schattenseiten, in deren Dunkel sich manches Unverständliche, Geheimnisvolles zu bergen sucht; man stößt da auf Dinge, die, uns Nichtjuden kaum fassbar, von Tag zu Tag um so mehr an Bedeutung gewinnen, je uneingeschränkter von Osten her immer neue Fallobsthöhe über unsere Grenze geleitet werden und, ohne im Westen schneller wieder zu verschwinden, im Lande stehen bleiben, um ganze Schichten des angefallenen Wirtschaftslebens bis zur Blutleere auszuwringen. Die Betrassenen können nichts besseres tun, als die Eingedrungenen aufmerksam zu betrachten, um sich, nach deren Wesen und Handeln, auf Entgegengesetzen oder Weichnung einzurichten. Zu den erwähnten Schattenseiten gehört vor allem der verdächtliche Rassengetusch, Foetor judaeus, wie er — sprachlich vom spätlatinschen: „Iteco foetor, ich verbreite einen bösen Duft“, abgeleitet — praktisch sogar von einzelnen Juden nicht abgelaugnet wird. Der Talmud z. B. erkennt auf Scheidung, sofern „die Frau mit jeglichem plaudert, über alle Häuser weghorcht, alzu große Brüste, alzu dicke Waden und alzu üblichem Getuch hat“. Und Prof. Eduard Gans zu Berlin erklärte vom jüdischen Völkerparadies: „Taufe und sagar Kreuzigung rütteln gar nichts, wir bleiben auch in der hundersten Generation Juden wie vor 3000 Jahren. Wir verlieren nicht den Getuch unserer Rasse in schmächer Kreuzung, und bei jeglichem Kontakt mit jeglichem Weibe ist unsere Rasse dominierend; es werden junge Juden daraus!“

Und Ludwig Bamberger, eine der von Israel uns überlassenen politischen Leuchten, sowohl Mauter höchster Grade, wie in der „Nation“ 1887 in einem anti-agrarischen Auftakt darauf hin, daß seinen Vorfahren, wie noch heute vielen Kaufleuten, der Getuch geradezu als Erkennungsmittel gedient habe:

„Als Rebella ihren Sohn Jakob, um ihm den Segen Isaacs zu erschleichen, in Eisens Kleider geteckt hatte, ließ sich der blinde Patriarch, obwohl sein Ohr ihm sagte, daß etwas nicht richtig sei, von seiner Nase führen.“ Der „Klassensozialist“ Maurice Fishberg lehnt dagegen in seinem bekannten Buch S. 106, in Verleumdung alter Eigentümlichkeiten neben allen übrigen Merkmalen der Juden auch seinen eigenen Foetor ab: „Die Legende vom Judengeruch geht auf Fortunatus († 800) zurück, der erste, der diesen Ausdruck gebrauchte; dieser berührte auf einem Schreibstuhl oder dem bösartigen Trödel eines Schreibers, der an der Stelle, wo Ummianus Marcellinus (XXI, V) den Kaiser Marc Aurel von den „unruhigen, vielfordernden Juden — Iudaeorum potentium — reden läßt, das p mit i vertausche hat: Ietentium, d. h. übelriechende Juden.“ — Dass aber etwas, ein von allen Nichtjuden jeder Zeit auf das deutlichste Wahrgekommenes, aus dem bloßen Buchstabenwechsel herrühren soll, ist eine Zumutung des sonst so hochverdienten, aber argwöhnischen Förders, über die man leider nur zur Tagesordnung sprechen kann.

Man hat nicht jüdischerseits wohl über die Wirkung der Juden auf den Geruchssturm gewußt; ein Reichstagsgesetz, unter der guten alten Zeit sprach mal vom „Eau de milles juifs“ und der Pathologie-Professor Dr. Kandler in Wien erzählte, als er von der internationalen Mustermessestellung 1892/93 kam, Freunden: es habe dort ein unausstehlicher Geruch nach „unterlaak-saft-kastanien“ (von den Kastanen der polnischen Juden) geherrscht! — Solche Scherze sind unpassend, denn jeder Jude ist für alle Nichtjuden eine riesig zu erstickende Angelegenheit, als das da noch irgend was zum Lachen, d. h. zur Abwendung von der drohenden Gefahr, wäre.

Der Judengetusch ist nun auch wissenschaftlich ergründet worden und ist in der Tat so etwas wie eine bleibende Größe, ist einer der „Klassenclienten“, ein Warnungssignal der Natur für alle Nichtjuden, das in Wilna wie in den Salons der Pariser oder Londoner Rothschilds oder in den Ausstrahlungen des „United Order Bne Berith“ zu New York, Berlin und Frankfurt jederzeit wahrnehmbar, von einer Reihe Zeugnisse glaubhaft belegt wird.

Als der römische Kaiser Diocletian (284—305) jährl. Gesandte empfangen sollte, befahl er, daß sie erst mehrere Tage lang badeten, ehe sie vor ihm erscheinen durften. — Der bekannte Jesuit Stefan Menochi sagt freilich später in seinem Buch „Stuore“, Benedig 1682: „Die Juden stinken am Leibe, zerlieren aber diesen Geruch gleich nach der Taufe“, — eine dem Sakrament zugeschriebene Wirkung, die, von mehr beschränkten als gelehnten Männern der Kirche immer wieder behauptet, deshalb auch in dem katholischen satirischen „Homunculus“ von Robert Hamerling nicht vergessen worden ist:

„Zur Entfernung des Getuchs
Ward dem Judentvolk die Taufe
Von den Christen warm empfohlen.
Ze entschlechter die Christen
Ausgeklärt sich selbst vermählen,
Christen nicht mehr sein zu wollen:
Dafür dringender verlangten
Sie von Juden, es zu werden.“

wenden Reichstagswahlen mit absoziier Sicherheit: dieses Verhältnis umfassen werden. —

Wie die Deutschnationale Volkspartei eine Bauernpartei, so hätte der Bauer seit ihrem Bestehen, also seit bald etwa zehn Jahren, doch etwas davon spüren müssen. Sie kann es gar nicht sein, auch nicht, wenn es sicherlich eine Anzahl ihrer Angehörigen gibt, die es gern möchten.

Noch allgemein ein paar Bemerkungen zu dem Schlagwort, das von Seiten der Rechten auch diesen Wahlkampf beherrschen wird, das Schlagwort von der „Großen Partei“. Die deutschnationalen Redner und Blätter erzählen den Wählern in Stadt und Land, nur große Parteien könnten sich im Parlament geladen machen, nur die große schwarz-weiß-rote Rechte sei in der Lage, den nationalen und wirtschaftlichen Belangen des deutschen Volkes Rechnung zu tragen. Vertreter kleiner Parteien die Stimmen zu geben, sei nicht allein möglich, sondern geradezu möglich, ja volksvertretend! Für die Ergebnisse des Jahres 1924 hat diese unmehrige Partei eine gewalige, vielfach entscheidende Rolle gespielt. Dreißig Jahre Reichstagswahlen liegen zwischen damals und heute. Damals ging die Deutschnationale Volkspartei in großer Stärke aus den Wahlen hervor. Was hat sie geleistet? Im positiven, nationalen östlichen Sinne? Wir wären demjenigen Leifer dankbar, welcher uns auch nur eine solche Leistung der Deutschnationalen Volkspartei nachstellt. Wir wollen aber noch weitergehen in Erinnerung an das Wort des alten Reichskanzlers Fürst Hohenlohe, nach dem er zurückgetreten war. Er sagte: wenn man wüßte, was alles er während seiner Reichskanzlerschaft unter Kaiser Wilhelm II. verhindert hätte, so würde man ihm ein Denkmal setzen. Was hätte die Deutschnationale Volkspartei auch nur gehindert? Sie die starke, mächtige Partei? Im Sommer vor den Reichstagswahlen 1924 hat die Deutschnationale Volkspartei ihr geschickliches Verbrechen begangen, die Dawes-Gesetze zu verhindern zu lassen: es würde so schlimm nicht kommen, die Wirtschaft müsse eine Atempause haben, die Dawes-Gesetze böten genug Lücken, durch die man hindurchschlüpfen könnte, und wie die schönen Rechtsfertigungen alle tauteften. Alles, was an wirtschaftlichen Zuständen die Deutschnationalen heute belassen, wofür sie Hilfsaktionen fordern und die schönsten Worte haben, daran tragen sie selbst die Schuld, weil die Dawes-Gesetze ihr Werk sind. Die Deutschnationale Volkspartei hat auch die Locarno-Verträge nicht verhindert. Sie hätte es gekonnt, durch eine von Unfang an rücksichtslose Opposition. Ihr Austritt, als alles schon fertig war, bedeutete nichts als eine in Wahrheit recht unlautere Demonstration ihren Wählern gegenüber. Ebenso war es mit dem unheilsvoollen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Eins der schönen Beispiele des deutschnationalen „Charakters“ aber bleibt, daß die Partei im Lande, auch stellenweise im Reichstag, manhaft ihre monarchische Gesinnung betonte und dabei für die zeitliche Verlängerung des Gesetzes zum Schutz der Republik stimmte! Die Deutschnationale Volkspartei hat als parlamentarische Opposition und ebenso als Regierungspartei gewaltig die schwarz-weiß-rote Fahne geschwenkt, aber nur, um durch sie ihren Anhängern gegenüber zu verdecken, daß sie eine schwarz-rot-gelbe Politik trieb, oder treiben läßt, obgleich sie eine solche hätte verhindern können.

Die Deutschnationale Volkspartei hat in der Opposition versagt und ebenso in der Regierung. Vor vier Jahren wurde hier bereits gesagt, diese Partei sei überhaupt keine Partei im Sinne des Begriffes. Sie hat keine einigende oder einheitliche Idee, allerdings einen reichen Vorrat schöner national klingender Redewendungen, welche diesen Mangel den deutschnationalen Mitgliedern zu verbergen, fabriziert worden sind.

Wie steht es nun gegenüber solchen Tatsachen, gegenüber den sommerwollen Ergebnissen der Tätigkeit der Deutschnationalen Volkspartei heute mit der „großen Partei“? Jeder Wähler kann sich an den fünf Fingern abzählen, daß die Deutschnationale Volkspartei einerseits eine zahlenmäßige Schwächung in den Wahlen erfahren, ferner daß sie sich in ihrer Weltensicht nicht im mindesten ändern wird. Bleibe sie aber selbst so stark wie sie ist, — würde dann ein einziger der Wähler, der im Vertrauen auf die schwarz-weiß-rote Parole und auf die „große Partei“ für den deutschnationalen Kandidaten gestimmt hat, politische, nationale Früchte erblühen? Zu ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, und nicht glauben, daß diese Früchte im Reichstage 1928—1932 andere sein werden, als im Reichstage 1924 bis 1928, denn die Partei ändert sich nicht, die Führer bleiben die alten, ihre und die Kompromissnatur dieser Partei bleibt die gleiche. Nach wie vor wird die kapitalistische Anschauung den Ton angeben und die Haltung der Partei im Gegenatz zum Interesse der Bevölkerung bestimmen.

Und was, wenn der Wähler für die noch kleine Partei stimmt. Zunächst ist sie wirklich so einflusslos? Die Aktion des Abgeordneten Höhne in der Angelegenheit der Saar-Männer hatte Erfolg, weil sie energisch und geschickt angezeigt und durchgeführt war, obgleich die nationalsozialistische Gruppe nur sieben Mitglieder stark war. Die nächsten Wahlen werden uns viel stärker machen, darüber besteht nicht der mindeste Zweifel. (Fortsetzung folgt.)

Bauernpartei?

Wir haben in unserem Artikel „Bauernrevolution?“ darauf hingewiesen, daß sehr wohl die Möglichkeit bestehe, daß die jetzige revolutionäre Entwicklung im deutschen Bauernamt zu einer Bauernpartei führen werde. Wir sind in dieser Ansicht nicht getäuscht worden; es ist inzwischen die sogenannte Christlich-nationale Bauernpartei von den deutschnationalen Abgeordneten Sachsen-Hessen, Hessen-Thüringen und Hessen-Niedersachsen gegründet worden. Außerdem hat der frühere Landwirtschaftsminister Fehr in einer Bauernversammlung in Breslau geäußert, die Bayerischen Bauernverbände würden jetzt über Bayern hinausgehen und in ganz Deutschland Listen zu den Reichstagswahlen aufstellen. — Ebenfalls der zweite Vorsitzende des Landbundes, Dr. v. Heyp, ist der Partei beigetreten und aus der B. P. ausgetreten.

Damit würde die politische Zerrissenheit eine noch größere in der Landwirtschaft werden, als sie es bisher schon ist. Denn daß die übrigen landwirtschaftlichen Abgeordneten sich diesen beiden Bauernparteien restlos anschließen werden, halten wir für vollkommen ausgeschlossen. Die landwirtschaftlichen Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei, der Stresemannpartei und des Zentrums im besonderen, denken in der Mehrheit gar nicht daran, das bisherige Partellsager zu verlassen.

Deutlich liegen die Dinge in den wirtschaftspolitischen Bezugsorganisationen der Landwirtschaft. In Schleswig-Holstein sollte beispielweise die Demonstration der 140 000 Landleute die Verschmelzung der drei landwirtschaftlichen Organisationen nach sich ziehen. Während die Kleinbauernbewegung und der Bauernverein sich verschmolzen haben, sind trotz der Arbeitsgemeinschaft mit dem Landbund die restlosen Verschmelzungsversuche als gescheitert zu betrachten. Die Uneinigkeit, das grauenhafte Durcheinander in der schles.-holste. Landwirtschaft, ist heute jedenfalls größer als vorher.

Wenn wir uns nun die Frage vorlegen: werden die neuen Bauernparteien die Landwirtschaft retten? so müssen wir diese Frage verneinen. Mindestens bei der Christ.-pat. Bauernpartei bezweifeln wir auch von vornherein die Aufzähligkeit dieser politischen Neugründung. Nach den verschiedenen Meldungen ist die Gründung und Zustimmung des Landbundes und unter Billigung der Deutschnationalen Volkspartei erfolgt. Die Deutschnationalen wissen ge-

nau, daß sie bei den kommenden Wahlen einen großen bauerlichen Stimmenverlust haben müssen. Um denselben auszugleichen, hat man jetzt die 3 genannten Reichstagsabgeordneten ausgeschlossen, damit sie nach der Wahl — wenn sie mit ihrer Neugründung Erfolg haben sollen — mit den eroberten Sitzen durch Zusammenschluß, mindestens aber Fraktionsgemeinschaft, wieder in die „große“ Front der Deutschnationalen Partei eingetragen werden können. Es handelt sich hier also lediglich um ein Wahlmanöver schlimmster Sorte, wodurch heute selbst eine Deutschnationale Volkspartei aus Mandatsjägern auf Kosten der Landwirtschaft nicht mehr zu errichten ist. Eine andere Auslegung ist ja für die Billigung der Neugründung durch die Deutschnationale Volkspartei auch gar nicht denkbar. — Der Landbund dagegen wird seine Zustimmung deswegen gegeben haben, weil er glaubt, auf dem Wege über diese Neugründung mehr Abgeordnete in den Reichstag zu bringen, als wenn man die Landbundabgeordneten in den alten Parteien belassen hätte.

Damit fäumen wir dann zur bisherigen Bestätigung dieser neu-alten „Bauernführer“. Dorf, Hütte, Dörfchen und auch Fecht sind neben etwa 35 anderen landwirtschaftl. Reichstagsabgeordneten Falzger. Sie haben für die Annahme der Damaskuse Gesetze gestimmt, sind verantwortlich für den Verlust der Verkehrsabgabe, der Finanzhöhe u. s. w. sind verantwortlich für die heutige Ohnmacht des Staates, für den Zusammenbruch der Wirtschaft und des eigenen Berufsstandes, der Landwirtschaft. Man hat auch nichts davon gehört, daß diese Vertreter bereit sind, ihnen bisherigen politischen Kurs zu ändern. Trotzdem werden wir das genaue Gegenteil erleben.

In geschickter Weise aber verstehen es diese Mandatsjäger, die Berufsgenossen damit zu fördern, daß man ihnen sagt, die Notlage der Landwirtschaft liegt in den schlechten und schwachen Vertretung in den Parlamenten. Dabei ist und war es noch 1918 vollkommen gleichgültig, wie stark diese oder jene Fraktion, dieser oder jener Berufsstand vertreten war, die Entwicklung ging schurkergade dem Raum entgegen. Es handelt sich auch heute

nicht um die starke oder schwache Vertretung dieses oder jenes Berufsstandes in den Parlamenten, sondern es handelt sich um den staats- und wirtschaftspolitischen Kurs unseres Volkes überhaupt. Und derselbe ist noch 1918 immer ein falscher gewesen, gleichgültig, welche Richtung jeweils für denselben verantwortlich war.

Im Übrigen gehört zur Staats- und Wirtschaftspolitik Mach- und abermals Mach, die wir heute nicht haben, die im Gegen teil von allen politischen Richtungen bis zum Neuersten verdeckt wurde. Man soll sich nicht einbilden, daß man in einem schwachen Staat eine starke Wirtschaft hineinbauen kann; man soll aber auch nicht glauben, daß es einem Stände im Staat gelingen kann, wenn die übrigen Stände am Hungertisch nagen. Daraus ergibt sich aber auch ohne weiteres die Richtigkeit: unserer immer wieder vertretenen Auffassung, daß das Problem von heute nicht ein solches der Wirtschaft, der Klasse oder des Standes ist, sondern ein solches des gesamten deutschen Volkes, der deutschen Nation überhaupt.

Doch alle bestehenden und auch noch kommenden Parteien weder die Fähigkeit haben, noch auch den Willen dazu, diesen Vorbedingungen für die Existenz unseres Volkes Rechnung zu tragen, haben sie in nunmehr bald einem Jahrzehnt offenbar bewiesen. — Wir Nationalsozialisten aber werden uns nicht durch größere oder kleinere Wahlverschieben und -erfolge von unserer Einstellung abbringen lassen, sondern geradlinig unseren Weg gehen. Wir haben alleine die Plattform in unserer Bewegung für die Existenz unseres Gesamtvolkes geschaffen und sind damit auch die einzigen, die Aussicht auf den Erfolg haben.

So sehr wir an sich den berufständischen Zusammenschluß der Landwirtschaft — den wir in einem weiteren Artikel behandeln werden — begrüßen, so sehr werden wir vor der Bauernfängerei der alten als auch neuen Parteien, die lediglich der Mandatsjägerei und dem Parteiinteresse dienen. Die Abrechnung aber, die einst mit dieser Beratergesellschaft gehalten wird, wird eine sursidabile sein. Uwe.

Dem Reichsjustizminister ins Stammbuch

Herr Vollrath v. Lützow schreibt dem „Reichsmar“:

Die Deutschnationalen sind bekanntlich sehr stolz darauf, Herrn Dr. Herzog als Reichsjustizminister gestellt zu haben. Die Herren scheinen äußerst befriedigt in ihren Ansprüchen zu sein und verfügen über ein hervorragend gering entwickeltes Rechtsbeauftragtsein. Deshalb zum Beweise mögen die beiden folgenden Briefe dienen:

An das Reichsjustizministerium

Der Unterzeichnete hält, beiliegenden Artikel „Eine bedeckende Anmerkung zur Bauernkrisis“ im „Reichsmar“ Nr. 6 vom 10. März v. d. Js. zur Kenntnis nehmen zu wollen und fragt zugleich, ob die Reichsregierung angesichts des in Darmstadt begangenen Rechtsbruchs die Hände in den Schoß legen will? Als deutscher Staatsbürgers bin ich berechtigt, diese Frage zu stellen und um eine Antwort zu ersuchen.

Es ist mir natürlich bekannt, daß die Parteien, auf die sich die derzeitige Regierung stützt, mit dem Darmstädter Rechtsbruch durchaus einverstanden sind. Meines Wissens soll aber die Reichsregierung über den Parteien stehen und insbesondere soll der Reichsjustizminister, wenn ich seine Obliegenheiten richtig verstehe, unabhängig von parteilichen Rücksichten dafür sorgen, daß dem Recht nirgends Bruch geschieht. Dass in Darmstadt ein Rechtsbruch übelster Art — weil bewußt und nicht etwa fahrlässig — begangen wurde, ist, das ist für jeden mit normalem Rechtsgefühl begabten Menschen ohne weiteres klar. Um das zu begeisten, bedarf es gar nicht der dem Reichsbruch vorausgegangenen Entschließung des deutschen Staatsgerichtshofes.

Wenn die Reichsregierung glauben sollte, sich dem Darmstädter Rechtsbruch gegenüber unätig verhalten zu dürfen und auf diese Weise zu der ihr in lehr am Herzen liegenden „Bereicherung“ der von Staats wegen um ihr Hand und Gut betrogenen Bürger beizutragen, so irrte sie sich gräßlich. —

Herr Reichsjustizminister,

Gestatten Sie mir, an Sie noch insbesondere eine Bitte zu richten: Lesen Sie bitte den Aufruf der Juristischen Vereinigung für „Aufwertungsrecht“ (veröffentlicht in der „Deutschen Juristenzeitung“ vom 1. Jan. d. Js.). Sie werden mir dann zu geben müssen, daß über die heutige im Schwange befindliche „deutsche“ Rechtsplage noch kaum ein vernichtendes Urteil gefällt wurde als durch diesen Aufruf, der von sehr naivhaften Juristen unterzeichnet ist und höchstlich die große Masse der

deutschen Juristen endlich aus ihrem Schlummer aufrütteln wird. In diesem Aufruf wird mit rühmenswerter Offenheit betont, daß „der bisherige Weg der Vergewaltigung des deutschen Rechts... mit Notwendigkeit zu einem Zusammenbruch der Kulturgüter des Rechts, der Moral und der guten Sitten... führen muß“, wird festgestellt, daß „eine verfassungswidrige Sonderentwicklung eines großen Teils des deutschen Volkes... mit den Grundlagen der Rechtsgleichheit und Humanität gebrochen hat“, wird daran erinnert, daß „die durch die Verfassung gewohnte Rechtsnormen auch den Gelehrten in den“ wird von den deutschen Juristen gefordert, daß „sie mit den Waffen der Willenskraft und der Beredsamkeit dafür eintreten, daß aus Deutschland wieder ein Rechtsstaat wird!“ Nach Ansicht also namhafter Juristen wie des Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Dr. Best, ihres Kollegen des sächsischen Justizministers Dr. von Gumetti, des Senatspräsidenten am Reichsgericht Dr. Löbe u. a. m. ist Deutschland zurzeit kein Rechtsstaat, m. a. W. kein Staat, in welchem das Recht rücksichtslos und bedingungslos gewahrt wird, vielmehr ein Staat, wo die Richter — nach dem bekannten Auspruch des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons — gezwungen sind, Unrecht zu sprechen! Ein furchterliches Zeugnis aus beurtemtem Mund. — Und in diesem Staat sind Sie der Reichsjustizminister!! Das Gesetz zum Schutz der Republik, das seinerzeit, im Widerstreit mit der damaligen deutschnationalen Partei, verfassungswidrig aufgestellt bekommen ist und unter Zustimmung der „zeitigen“ deutschnationalen Partei verlängert worden ist, hindert mich, frei von der Züber weg zu sprechen. Nur das will ich noch sagen, daß in dem kommenden Wahlkampfe Ihnen und allen, die einer gerechten Auswertung im Wege stehen, die Ohren klingen sollen. Die Bereicherung, die Sie so sehr den Aufwertungsbetroffenen wünschen, wird nicht eintreten — das wird gesorgt werden. Nicht „Kuh ist ja die erste Bürgerpflicht“ (das berüchtigte Wort des wegen seiner Unfähigkeit bekannten Ministers Graf Schulenburg-Kehnert) wird unser Wahlpruch sein: sondern:

Kampf, rücksichtloser Kampf aller Aufwertungsbetroffenen, damit aus Deutschland wieder ein Rechtsstaat wird! — Uwe.

Auf diese beiden Briefe hat der Herr Reichsjustizminister, Bielefelder Dr. Herzog bisher nichts zu antworten gewußt. Wie wäre es, wenn er das große Notzeichen versucht? Vielleicht helfen ihm dann die „Minder der Witwe Kaphthal“! —

V. d. L.

Aus der Bewegung

Ganz Brandenburg

Ortsgruppe Segefeld. Mittwoch, 14. März, abends 8.30 Uhr, öffentliche Versammlung im „Stug zum Grünen Krantz“; Redner: Pg. Holtz. Ortsgruppe Rathenow. Donnerstag, 15. März, öffentlicher Gottesdienst; Redner: Pg. Trömel. Ortsgruppe Reichenbach. Freitag, 16. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im Kathol. Ahewerkhof; Redner: Pg. Blanke, mehrt. Ortsgruppe Neu-Ruppin. Freitag, 16. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Voigt-Cessau. Ortsgruppe Röderberg. Sonnabend, 17. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Trömel. Ortsgruppe Spremberg. Sonnabend, 17. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Holtz. Ortsgruppe Friedland. Sonnabend, 17. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Blanke. Ortsgruppe Briesen. Sonnabend, 17. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Blanke. Ortsgruppe Cottbus. Sonnabend, 17. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Blanke. Ortsgruppe Friedland. Sonnabend, 17. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Blanke. Ortsgruppe Friedland. Sonnabend, 17. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im Gasthof „Wurstnitz“; Redner: Pg. Blanke. Ortsgruppe Friedland. Sonnabend, 17. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Holtz. Ortsgruppe Briesen. Sonnabend, 17. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Blanke. Ortsgruppe Friedland. Sonnabend, 17. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Blanke.

Mahlverein der N. S. D. A. P.

Gruppe Bismarckstr. Dienstag, 13. März, Rollenversammlung; Redner: Johann Georg Heilemann, Johann Georg Strohe, Heide: Pg. Engel. Gruppe Altenberga. Dienstag, 13. März, Wählerabend in Schmack's Wirtschaft, Währdorferstraße; Pg. Stadte. Gruppe Steglitz. Dienstag, 13. März, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Holtz. Gruppe Klein. Mittwoch, 14. März, Wählerabend, Hochbahnhofsterrasse, Tempelhofer Ufer 30. Gruppe Charlottenburg. Mittwoch, 14. März, Wählerabend, Schlemm'sche Kleinstadt, Berliner Straße 16; Redner: Wiener. Gruppe Schöneberg. Mittwoch, 14. März, Wählerversammlung, Wilhelmstraße 6a; Redner: Pg. Engel. Gruppe Friedrichshain. Donnerstag, 15. März, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Holtz. Gruppe Friedenau. Donnerstag, 15. März, öffentliche Versammlung; Redner: Pg. Studentenkopf. Gruppe Pankow. Freitag, 16. März, öffentliche Versammlung, Rohrenfelderstraße 26; Redner: Pg. Engel.

Schule für Politik.

Am Montag, 19. März, spricht Robert Mohr über das Thema: „Das deutsche Kulturtheater“.

Deutscher Arbeiter-Wander- und Bildungsverein. Dienstag, 13. März, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal.

Deutscher Frauenorden.

(Rotes Säulenhaus)

Sonntag, 18. März, nach 2 Uhr, findet im Heidehof, Grätzwalde, ein Treffen statt; für alle Deutschnationalen ist Teilnahme offiziell. Gäste sind herzlich willkommen.

Gruppe Altenberga (Frauenorden). Sonntag, 18. März, abends 8 Uhr, bei Gauer, Grünhausestr. 34, Ecke Simplonstr. Gäste willkommen.

*

Politgenossen in und um Bernau. Meldet euch zur N. S. D. A. P. bei Ing. Arthur Döllner, Bernau, Weinbergstraße 7.

*

Nahrung!

Die vom Landtag abgeordnete Soziale ersetztlich für 18. Februar einberufene Sitzung findet nunmehr Montag, 12. März, abends statt.

9.30 Uhr, nicht im Bibliotheksgarten, Billerbeck, sondern in den Johann Georg Sälen, Salensee, Johann Georgstraße 19, statt.

* Dr. Goebbels spricht:

Freitag, 16. März, in der Postdruckerei, Kädickestraße 2; Sonnerstag, 22. März, in drei Massenversammlungen im Beierfeld-Gärtchen, Königsworther Straße 10, Böhmisches Brauhaus, Schreiber-Garten; Freitag, 30. März, Neue Welt, Neukölln, Hasenheide.

*

Wirtschaftsstelle.

Heute 3. M. hat, um die Einheitlichkeit der Versammlung zu gewährleisten, seinen Vorsitz nur beim Wirtschaftsausschuss, Bureau der Abgeordneten, Berlin W 25, Schönstraße 44, zu besuchen. Diese Stelle ist der einzige Vertretungsrecht, der amtliche Ministerien Versammlungen zu Originaladressen verleiht. — Der Gau I. B.

Seit dem 1. März wird bei jedem Versammlung ein Rahmenkette ausgestellt. Neben Rauten steht darauf, daß es eine derartige Quittung bekommt. Wirtschaftsausschuss, Bureau der Abgeordneten.

*

Völkisch-Sozialer Bund e. V.

Geschäftsstelle: Berlin W 37, Bülowstraße 106 I.

11. März: Ortsgruppe Südost und Ostbürger Tor, Werberversammlung im Höhenwälder Hof, Löwenstraße 174, Beginn 8 Uhr. Vortrag: Reichstagabgeordneter Rabe: "Der Aufmarsch der Parteien zu den Wahlen".

12. März: Frühlingsfest der Ortsgruppen Südost und Ostbürger Tor im großen Saal des Löwenwälder Hof, Löwenstraße 174. Saalöffnung 5 Uhr, Beginn 6 Uhr. Vorträge, Tonaufnahme, Verlosung, Eintrittskarte 50 Pfennig. Auftritte: Kubo, Dr. H. R.

13. März: Ortsgruppen Stettiner Bahnhof und Cronenburger Tor, Werberversammlung mit Galan im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94. Beginn 8 Uhr. Vortrag: Johannes Engel: "Der Kampf um die Stadt".

*

Gau Ostmark der NSDAP.

9. März: Ortsgruppe Potsdam, Kreis Lebus, öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Wilhelm Wigand; Beginn 8 Uhr.

9. März: Ortsgruppe Trebbin, Kreis Sorau, Sprechabend; Dr. Röder; Beginn 8 Uhr.

9. März: Ortsgruppe Hünsterwalde, Sprechabend; Dr. Polak; Beginn 8 Uhr.

10. März: Ortsgruppe Löwenburg, Kreis Sorau, öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Röder; Beginn 8 Uhr.

12. März: Ortsgruppe Sonnenfeld, öffentliche Versammlung; Redner: Gauleiter Rabe, Dr. H. R.; Die Versklavung des deutschen Volkes durch die Reparationen; Beginn 8 Uhr.

14. März: Ortsgruppe Cottbus, Sprechabend; Dr. Peltz; Beginn 8 Uhr.

15. März: Ortsgruppe Zeisdorf, Kreis Sorau, Sprechabend; Dr. Röder; Beginn 8 Uhr.

16. März: Ortsgruppe Berlin-Lichtenberg, öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Wilhelm Wigand; Beginn 8 Uhr.

16. März: Ortsgruppe Rüdersdorf, Sprechabend; Dr. Münster; Beginn 8 Uhr.

17. März: Ortsgruppe Rüdersdorf, öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Röder; Beginn 8 Uhr.

18. März: Ortsgruppe Löwenburg, Kreis Goldau, öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Wilhelm Wigand; Beginn 8 Uhr.

19. März: Ortsgruppe Nauen, Kreis Sorau, öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Röder; Beginn 8 Uhr.

21. März: Ortsgruppe Cottbus, Sprechabend; Dr. Röder über Gewerkschaftsfragen; Beginn 8 Uhr.

21. März: Ortsgruppe Spandau, Sprechabend; Dr. Peltz; Beginn 8 Uhr.

22. März: Ortsgruppe Lübben, Sprechabend; Dr. Polak; Beginn 8 Uhr.

23. März: Ortsgruppe Hünsterwalde, Sprechabend; Dr. Münster; Beginn 8 Uhr.

24. März: Ortsgruppe Teplitz, Kreis Sorau, öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Röder; Beginn 8 Uhr.

25. März: Ortsgruppe Bautzen, Kreis Lebus; Redner: Dr. Röder, Dr. H. R., Dr. Polak, Dr. Eysoldt; Beginn 8 Uhr.

26. März: Ortsgruppe Spandau, öffentliche Massenversammlung; Redner: Reichstagabgeordneter Dr. Haake; Beginn: 8 Uhr.

*

Erster Karfreitag des Gau Ostmark der NSDAP.

Am Samstag, den 4. März, tagte in Berlin bei Dr. Röder der erste Hauptrat des jüngsten Gaues der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, des Gaues Ostmark, unter äußerster Versiegelung. Anwähnende waren die Ortsgruppen der Bautzen und des Kreises Lebus sowie Vertreter des Gauleiter Rabe, eröffnete um 11.15 Uhr die Sitzung mit kurzen militärischen Darlegungen. Dann wurden auffällig Lügen, Verschwörungen, und Hassanfällekeiten behauptet. Zum Selbstverteidigen riefen die Ortsgruppen einige Dr. Röder den Dr. Polak Cottbus. Zu Stassenprüfern wurden die Dr. Röder, Dr. Röder und Jacobson-Münchberg bestimmt. Manvölkerliche Aussagen kamen aus den Kreisen der Mitarbeiter. Nebenher konnten gute Fortschritte festgestellt werden. Zum Gau stehen aufgelaufene Redner für den Wahlkampf zur Verfügung. Nach der Mittagspause wurden Presseangelegenheiten erörtert. Dr. Röder gab einen Überblick über die bestreitbare Fertigung der Partei-Presse. Mit einem Fest auf Hitler sonderte die Tagung nachmittags 5 Uhr ihr Ende.

Ende März 1928 erscheint im Reichswartverlag:

FÜR Christen / NICHECHRISTEN / ANTICHRISTEN!

Die Gottfrage der Deutschen

von Graf E. Reventlow

(Großoktag. etwa 220 Seiten)

Preis scheràt 8.- Mk., in Ganzleinen geb. 10.- Mk.

Die Gottfrage der Deutschen

CIRUS
BYXSH

Tgl. 7.: Neues
Circus-Progr.
Z. Schl.

"Die Rosen des
Herrn v. Bredow"

Sonnt. halbe Pr. 1
Dr. Circusprogr.
Turnierkai aus
die Rosen des
Herrn v. Bredow
"Ballettphantom:
"Osterhäschen
Einkauf".

Sehr schöner Ganzleiderband mit
Röpfgoldschmied u. gold. Titelprägung

Kant-Kritik der reinen Vernunft

(666 Seiten) dopp. Ausgabe!

Das grundlegende Werk der deutschen Philosophie, mit Erläuterung philosophischer Fach-
ausdrücke und Personenregister, nur 4.80 M.

Rudolf Virchow:

Die Tragödie des russischen

Bolzes und die Schändlänge

80 135 Seiten, Preis RM. 2.-

Buchversandabteilg. des "Reichswart"
Berlin SW 11, Bernburger Straße 30
Postfachkonto: Berlin 86714

Englisch
liest

Fräulein Kraach
Berlin W 15
Bayerstraße 31
(16 Jahre in England)

Dr. Weiß

Asthma-
Kurhaus
Bln.-Südende.

Graf E. Reventlow:

Minister Siegfried als Staatsmann und
Minister des Weltgewissens. 9. Auflage mit
4 Abbildungen M. 2.- Ganzleinen gebund. M. 3.20

Monarchie? 1926. Geheftet M. 2.- Gebund. M. 3.-

Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner
1906. Geheftet M. 3.-

Deutschlands auswärtige Politik von 1888
bis 1914. Gebunden M. 10.-

Politische Vorgeschichte des großen Krieges
Nur noch geheftet M. 5.-